

Etatrede Prof. Dr. Achim Weizel, Fraktionsvorsitzender

Zusammen sind wir Mannheim

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen Bürgermeisterinnen,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
sehr geehrte Vertreter der Medien,

Zusammen sind wir Mannheim

Wir haben uns erlaubt, das Motto der scheidenden Bundesratspräsidentin, Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer, auf Mannheim herunterzubrechen.

„Zusammen sind wir Deutschland“, war das Motto von Malu Dreyer, um bewusst einen Akzent für Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen Ausgrenzung zu setzen.

Zum Wohle von Mannheim müssen wir die vielfältigen Interessenslagen miteinander verbinden, um somit das Beste für unsere Stadt erreichen zu können.

Grundsätzliches

„Wir drehen ein großes Rad“ war die Aussage des Kämmerers in seiner Rede.

Wenn man dies als positive Aussage versteht, muss man sofort fragen:

läuft das Rad auch rund?

Zweifellos sind die Haushaltsergebnisse in den Jahren 2016 und 2017 von 86,7 Mio. € und 67,2 Mio. €, die deutlich über den Schätzungen lagen, sehr

erfreulich. Die erwarteten Ergebnisse für 2018 und 2019 liegen mit 43 Mio. € und 42 Mio. € unter den Vorjahren. Nach Plan liegen die Ergebnisse in den folgenden Jahren 2020 mit 37,6 Mio. € und 29,7 Mio. € in 2021 deutlich niedriger.

Unter diesen Vorzeichen ist auch die geplante Investitionssumme von 500 Mio. € in vier Jahren zu verstehen, wobei ab 2018 zur Deckung zusätzliche Entnahmen aus Liquidität erfolgen, 2021 ist dann die Mindestliquidität erreicht.

Oberflächlich betrachtet wird ein positives Bild gezeichnet. Bei näherer Betrachtung fallen jedoch erhebliche Risiken ins Auge, die die positive Betrachtung relativieren. Daher die Frage: Läuft das Rad wirklich rund?

Ein Blick in den Haushaltsentwurf

Gewerbesteuer

Aufgrund guter Konjunktur steigt das Aufkommen seit 2013 stetig und erreicht prognostiziert Ende 2021 337 Mio. € brutto. Das Gewerbesteueraufkommen würde dann um ca. 87 Mio. € pro Jahr höher liegen als 2013. Darin enthalten ist aber natürlich auch die letzte Erhöhung der Gewerbesteuer auf einen der höchsten Hebesätze in Baden-Württemberg. Wir bleiben bei unserer Auffassung, dass Mannheim es sich nicht erlauben kann, den höchsten Gewerbesteuerhebesatz in Baden-Württemberg mit derzeit 430 Punkten einzufordern. Wer die Neuansiedlung von Unternehmen und die Schaffung neuer, attraktiver Arbeitsplätze erfolgreich fördern will, steht sich in der Region mit dem höchsten Gewerbesteuersatz selbst im Wege. Der Kämmerer berichtet allerdings selbst, dass die Gewerbesteuer in den letzten Jahren die in sie gesetzten Erwartungen nicht immer erfüllt habe. Die Steuer ist zwar immer nachlaufend (spiegelt die Konjunktur ein Jahr später wieder, besonders gut zu erkennen von 2009 auf 2010, ein Rückgang um ca. 40 Mio. €), schlägt aber dann um so krasser im Aufkommen zu. Also eine mitunter stark schwankende Steuerquelle. In unserem Fall kommt

hinzu, dass eine hohe Rückstellung in Höhe von 78,6 Mio. € gebildet werden musste (aufgrund hoher Steuernachzahlungen 2012) welche nicht liquide unterlegt ist. Hier wird wohl in mehreren Streitfällen prozessiert. Der Kämmerer sagt selbst, dass bei Fälligkeit der Forderungen, diese über Kredite finanziert werden müssen. Es besteht also das Risiko, dass Rückzahlungen oder Teilrückzahlungen fällig werden. Das würde dann natürlich große Löcher in das ganze Haushaltskonstrukt reißen.

Grundsteuer

Die Grundsteuer, eine solide, d. h. in der Höhe berechenbare städtische Einnahme, erreicht in allen vor uns liegenden Haushaltsjahren ca. 68 Mio. € Aufkommen. Davon sind ca. 6 Mio. € der vor zwei Jahren beschlossenen Erhöhung geschuldet. Das ist an sich nicht bemerkenswert, weshalb auch der Kämmerer nicht weiter darauf eingegangen ist. Wir möchten hierzu auch nur folgendes bemerken: Wir haben die Erhöhung seinerzeit abgelehnt, da diese Steuererhöhung auch voll auf die finanzschwachen Mieter umgewälzt wird und die sogenannte zweite Miete erhöht. Wir wurden damals nicht ernstgenommen. Inzwischen gibt es eine große Diskussion und ein Erschrecken darüber, dass viele Menschen die Belastungen des Wohnens nicht mehr tragen können.

Die Diskussion wird unter dem Motto „Haltet den Dieb“ geführt.

Dies ist unredlich, da die Schuld den „bösen“ Vermietern zugeschoben wird, nicht aber der Stadt. An dieser Stelle nochmals unsere Forderung, die Grundsteuer wieder auf 450 Hebesatzpunkte zurückzufahren. Wer sozialverträgliche Mieten fordert, darf nicht durch übermäßig hohe Grundsteuerforderungen die Nebenkosten der Mieter in die Höhe treiben.

Zuweisungen aus der Einkommenssteuer

Auch hier finden sich aufgrund der guten Konjunktur Steigerungen auf ca. 160 Mio. €, allerdings sind diese Steigerungen im Landesvergleich unter dem

Durchschnitt. Hier zeigt sich Mannheims struktureller Nachteil gegenüber anderen Kommunen im Land: In Mannheim leben insgesamt weniger sozialversicherungspflichtige Einwohner als woanders und diese haben im Schnitt kein so hohes Einkommen. Letzteres führt der Kämmerer auch selbst aus: Der Einkommensdurchschnitt je Einwohner liegt in Mannheim um ca. 1/3 unter dem Schnitt der Stadtkreise in Baden-Württemberg. Daher verringert sich auch die maßgebliche Schlüsselzahl zur Zuteilung der Steuer durch das Land, sodass von 2018 - 2021 eine Verschlechterung von 20 Mio. € erfolgt, um in der Terminologie der Kämmerei zu sprechen: wir bekommen weniger vom mehr. Das ist die Folge einer seit dem Krieg verfehlten Wohnungsbaupolitik und/oder der fehlenden Eingemeindungen aus dem Speckgürtel. Der Kämmerer fordert, alles zu tun, um in Zukunft die berufstätige Bevölkerung in der Stadt zu halten oder gar zurückzuholen und zwar am besten diejenigen, die mindestens die Sockelbeträge (bei Verheirateten sind das 70.000 €) verdienen. Das kommt Jahrzehnte zu spät und außerdem ist der sogenannte gehobene Wohnungsbau, also die Wohnungen, die solche Einkommensgruppen interessieren, in Mannheim regelrecht verpönt. Dabei geht es nicht um Villen, sondern zum Beispiel um ganz normale Einfamilienhäuser, bei denen die Leute noch einen kleinen Garten ihr Eigen nennen können.

Dazu passt, wenn es sicherlich auch nicht der entscheidende Faktor ist, dass etwa 44 % der leitenden städtischen Mitarbeiter außerhalb der Stadt wohnen und dort auch ihre Steuern zahlen. Gerade junge, gutverdienende Paare mit und ohne Kinder wandern deshalb in das Umland ab und treiben dann dort die Preise hoch. Und was unternimmt die Verwaltung dagegen? Auf den Konversionsflächen entstehen Tausende von Wohnungen, der dringend notwendige gehobene Wohnungsbau spielt hier, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. Bei Wettbewerben werden derartige Projekte abgelehnt. In Käfertal Süd ist kein einziges Ein- oder Zweifamilienhaus geplant, die Offizierssiedlung auf Franklin, die ebenfalls ideal gewesen wäre, wurde gegen unseren Widerstand verdichtet.

Auf Spinelli soll in einer optimalen Wohnlage ein städtischer Betriebshof entstehen. Die ebenfalls gegen unseren Willen eingeführte 30 % Sozialquote ist alles andere als eine Ermutigung für Bauherren, hochwertiges Wohnen zu bauen, Diese sozialistisch anmutende 30%ige Sozialquote muss durch den herbeigesehnten, finanziell gut gestellten Mittelstand bei Kauf oder Anmietung mitgetragen werden.

Den Aussagen des Kämmerers, dass wir finanzkräftige Mitbürger zum Zuzug bewegen müssen, stimmen wir zu. Jedoch müssen hier jetzt auch Taten folgen. Diese Wohngebiete sind um Mannheim herum entstanden und zu wenig in der Stadt selbst. Aufgrund Flächenmangels ist dieser Trend auch nicht mehr umkehrbar.

Umsatzsteuer

Auch hier dasselbe Bild: Durch die gute Konjunktur kommt es zu einem steigenden Aufkommen. Allerdings ist dieses ebenfalls unterdurchschnittlich, da der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Landesdurchschnitt höher ist als in Mannheim. Bei einem Höchststand sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter zeigt sich ein Zuwachs, der aber auch hier geringer ist als im Land. Daher sinkt auch hier der Schlüssel, das macht ca. 1,2 Mio. € weniger aus. Immerhin werden hier 2017 ca. 42 Mio. € erreicht.

Fazit:

Das Mannheimer Modell der hohen und höchsten Steuersätze mit einem negativen Effekt auf Investoren, und dem Versäumnis, normal- und gutverdienende Einwohner in der Stadt zu halten oder zum Zuzug zu bewegen, dieses Modell kann nicht aufgehen. Sollte die Konjunktur eines Tages schwächeln oder gar abstürzen, wird es eine brutale gegenläufige Entwicklung geben. Die Sozial- und Transferzahlungen werden steigen (das tun sie in der gegenwärtigen guten Konjunktur schon, umso mehr aber in Zeiten einer Rezession), die

Einnahmen werden natürlich sinken. Dann ist ganz schnell die Investitionsfähigkeit der Stadt stark eingeschränkt oder unmöglich. Im schlimmsten Fall droht dann spätestens eine Neuverschuldung um die Pflichtaufgaben erfüllen zu können. Steuererhöhungen sind dann nicht mehr möglich, da wir bereits heute die höchsten Steuersätze haben. Dass man damit rechnet, beweist die Aussage des Kämmerers: Wir drehen (jetzt) ein großes Rad. Auf Deutsch: wir wissen, dass irgendwann nichts mehr geht.

Verschuldung

Eine weitere Unwucht beeinträchtigt den Lauf des großen Rades: wir haben nach wie vor die höchste Verschuldung der Stadt im Vergleich mit anderen Kommunen, kombiniert mit der höchsten Verschuldung pro Einwohner. Daran hat sich in den letzten Jahren auch nicht viel geändert. Im vorliegenden Haushaltsentwurf wird das Neuverschuldungsverbot unter der Prämisse eingehalten, dass Investitionen über Nebenhaushalte den Tochtergesellschaften der Stadt Mannheim aufgebürdet werden.

Es sind noch keine fünf Monate vergangen, als uns die Verwaltungsspitze die energetische und substantielle Sanierung der Straßenbeleuchtung in Mannheim und der Inkaufnahme einer Sonderkreditermächtigung in Höhe von 23,8 Mio. € als unabdingbar zum Beschluss vorgelegt hatte.

Es ist leider eines von vielen Beispielen für den Mangel an Offenheit der Verwaltungsspitze im Umgang mit der Öffentlichkeit und dem Gemeinderat. Wir hatten im Sommer beantragt, dass die Frage der Finanzierung der energetischen und substantiellen Sanierung der Straßenbeleuchtung im Rahmen der Haushaltsberatungen erörtert werden sollen. Zur Grundlage der Erörterung hatten wir die Verwaltung aufgefordert, dass das von der Verwaltung in Auftrag gegebene Gutachten der Kanzlei Wurster, Weiß, Kupfer Partnerschaft mbB den Mitgliedern des Gemeinderates zur Vertiefung des Sachverhaltes zur Kenntnis

gegeben wird. Die Verwaltung hält das Gutachten weiterhin unter Verschluss und hat die Investitionsmaßnahme komplett in den Haushalt eingearbeitet.

Es ist erschreckend, wie schnell die Verwaltung auch in dieser grundsätzlichen Fragestellung ihre Positionen wechselt und zugleich notwendige Beratungsunterlagen nicht zur Verfügung stellt. Heute will sich die Verwaltung für die Einhaltung des Neuverschuldungsverbotes feiern lassen.

Zur Verschuldung hinzuzurechnen ist der nicht näher bezifferte Sanierungsstau in unserer Stadt. Hier weiß die Verwaltung keinen anderen Weg als über Schattenhaushalte die Finanzierung großer Investitionsvorhaben über ihre städtischen Gesellschaften abzuwickeln. Zu nennen sind hier der Neubau des Technischen Rathauses (GBG), Archivum (GBG), Grundschule auf Franklin (MWSP), Grünhof (GBG) und die neusten Pläne zum Bau der Stadtbibliothek (Parkhausbetriebe).

Der Öffentlichkeit und den Handelnden muss dabei bewusst sein, dass letztlich steigende Mietaufwendungen die Belastung zukünftiger Haushalte, die unserer Kinder und Enkel, enorm erhöhen wird.

Die mangelnde Fähigkeit, über den städtischen Haushalt den Sanierungsstau anzugehen, wird bereits an der zu geringen Summe für die Investitionen im Bereich Bildung deutlich.

Aufwand

Leider drehen wir nicht nur ein großes Rad bei den Einnahmen, denn wie üblich sind auch die Aufwendungen gestiegen. Während das Ergebnis des Ergebnishaushalts von 2016 zu 2017 gefallen ist, ist der Aufwand von 2016 von 1,182 Mio. € auf 1,211 Mio. € in 2017 gestiegen, weitere Steigerungen werden in den beiden kommenden Jahren prognostiziert.

Noch deutlicher wird das Problem, wenn man betrachtet, dass der Anteil des Personalaufwands am Gesamtaufwand deutlich gestiegen ist und weiter steigen wird. Betrag der Aufwand im Jahr 2016 noch 302 Mio. €, werden für 2018

330 Mio. € angesetzt, ein Anstieg um fast 10 % in zwei Jahren. Wie in all den Jahren werden ständig neue Stellen geschaffen. So kamen 2016/2017 60 neue Personalstellen in das Budget. Für das Jahr 2018 sind 3 Mio. € und 2019 6 Mio. € für neue Stellen eingeplant. Diese Großzügigkeit lässt sich am Anteil der Personalkosten vom Gesamthaushalt nachweisen, er wird von 26,4 % in 2018 auf 26,8 % in 2019 ansteigen.

Seit 2012 registrieren wir jährliche Steigerungen der Personalkosten, die über den Tariferhöhungen liegen, seit 2012 insgesamt Steigerung um 15 %. Der Personalaufwand ist damit durch die Tarifsteigerungen alleine nicht erklärt.

Angeführt wird der zusätzliche Aufwand für Kinderbetreuung, der von 2012 bis 2017 auf 39,8 Mio. € gestiegen ist, für 2018 und 2019 werden Ausgaben von 44 Mio. € und 45,7 Mio. € angesetzt.

Der Personalaufwand ist absolut von 2012 auf 2017 um 56 Mio. € gestiegen. Der Aufwand für Kinderbetreuung um knapp 12 Mio. €, beträgt also knapp 20 %. Dies kann nicht zur Erklärung des höheren Aufwands dienen, die Personalsteigerungen müssen an anderer Stelle beträchtlich gewesen sein.

Es ist eine bekannte Tatsache, dass nur mit vernünftigen und ausgewogenen Personaleinsparungen langfristig Ausgaben reduziert werden können. Wie dieser erneute Stellenaufwuchs mit den von SHM² erhofften Einsparungen zusammengeht, wird an keiner Stelle der Etatreden des Oberbürgermeisters und des Kämmerers erwähnt.

Sachaufwand

Nicht nur der Personalaufwand, auch der Sachaufwand wurde 2017 gegenüber dem Ansatz um 3,9 % überschritten. Für 2017 war der Ansatz 256 Mio. €, das Ergebnis 266 Mio. €, ein Plus von 3,9 %, ein weiterer Anstieg ist vorhersehbar und wird sich auf der Negativseite der Bilanz zu Buche schlagen.

Sozialaufwand

Entgegen allen Zusagen der Bundesregierung, die Kommunen im Bereich des Sozialaufwandes zu entlasten, sind die Nettosteigerungen der Ausgaben seit 2013 um 22 % auf 120 Mio. € im Jahr 2017 angewachsen.

Hier bleiben sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung in der Pflicht, ihre Zusagen für Entlastung der Kommunen einzulösen.

So auch im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Die alte schwarz-rote Bundesregierung hatte den Kommunen Entlastung bei der Eingliederungshilfe zugesagt.

Strategische Haushaltskonsolidierung in Mannheim

„Mit SHM² schaffen wir dauerhaft Freiräume für Investitionen und entkoppeln unsere Investitionsentscheidungen ein Stück weit von Konjunktur, Zinspolitik und Sondereffekten“, so der Erster Bürgermeister in seiner Etatrede.

Der Ansatz von SHM² soll darin bestehen, die gesamte Bandbreite der Aufgaben der Stadt in Kernprozessen zu identifizieren und diese zu priorisieren, um nachfolgende Vorgaben der Einsparungen zu erreichen: 22 Mio. € in 2018, 30 Mio. € in 2019 und 42 Mio. € in 2020 (ursprünglich 2019).

Nach Aussagen des Kämmerers sind diese Summen notwendig, um in den kommenden Jahren weiterhin die notwendigen Investitionen in der Größenordnung von 100 Mio. € pro Jahr durchzuführen.

Diese Summen können aber nur als grobe Anhaltspunkte dienen, da insbesondere die Einnahmesituation der kommenden Jahre nicht vorhersehbar ist, während man sicher davon ausgehen kann, dass die Ausgabepositionen weiter steigen.

In einem Masterplan wurden 15 Schlüsselprojekte identifiziert, in der Vorlage wurden die möglichen finanziellen Einsparungen aufgelistet. Informationen an den Gemeinderat über den Fortschritt des Prozesses waren in der Vorlage angekündigt, wurden aber nie verwirklicht. Auf Drängen der Freien Wähler-ML

kam es am 04.10.2017 zu einer Sitzung, in der der augenblickliche Stand der Planungen offengelegt wurde.

Die in diesem Zusammenhang von der Verwaltung geplante Reduzierung von Zuschüsse an die Freien Träger ist nicht zielführend, und wird von uns als „Haushaltsstrukturmaßnahme“ abgelehnt.

Fazit dieser Veranstaltung:

Die im Masterplan angegebenen Zielwerte werden so nicht aufrechterhalten werden können, was bedeutet, dass das gesamte Zahlenwerk und damit der Haushalt einer Überprüfung unterworfen werden muss. Der Zielwert, ab 2020 42 Mio. € jährlich einzusparen, ist nicht realistisch.

Nur wenige Schlüsselprojekte wurden abgearbeitet. Es wurde eine 1%ige Budgetreduzierung über alle Produkte angesetzt, zusätzlich erfolgte eine Priorisierung in der Größenordnung 0 – 4 %. Insgesamt kommt man hier auf Sparvolumen von 9 Mio. €.

Die Prinzipien der Priorisierung sind völlig intransparent, auch durch Nachfragen konnte bisher keine Klarheit erzielt werden. Für den Außenstehenden ist zumindest im ersten Augenblick die neue Formulierung „weniger von mehr“ nicht verständlich, sie bedeutet, dass zwar insgesamt mehr Geld vergeben wird, von dieser Summe aber der SHM² Anteil abgezogen wird.

Diese Priorisierung muss in den einzelnen Amt- und Fachbereichsleitungen vorgenommen werden. Management letter! Wozu? Nach Aussage des Oberbürgermeisters sind „manageriale Qualitäten“ notwendig. Mit anderen Worten, vielen Mitarbeitern werden zusätzlich zu ihrer normalen Arbeit noch organisatorische Aufgaben zugeteilt. Ob sie dies wollen oder können wird nicht gefragt. Schon bei Change² war deutlich, dass viele Mitarbeiter mit dem Prozess überfordert waren, so wird auch heute noch bei einer großen Zahl von Vorlagen aus den verschiedensten Dezernaten deutlich, dass den Mitarbeitern die acht strategischen Ziele auch heute immer noch nicht geläufig sind.

Wie diese Mitarbeiter mit der wesentlich komplexeren Aufgabe der Priorisierung zu Recht kommen sollen, ist fraglich. Es wird auf jeden Fall mehr Druck auf einzelne Mitarbeiter ausgeübt, ob hierbei ein direkter Zusammenhang mit dem ungewöhnlich hohen Krankenstand der städtischen Mitarbeiter besteht, ist zumindest eine Überlegung wert.

Entscheidend ist aber, dass durch die Priorisierung bisher nur die Hälfte des angestrebten Sparvolumens zumindest rechnerisch erbracht wurde, der Rest wird in der Allgemeinen Finanzwirtschaft als Forderung untergebracht.

Dies bedeutet: Werden die Sparziele nicht erreicht, Zitat Kämmerer „werden wir diesen Anteil auf die Fachbereiche verlagern“, d. h. es gibt eine zweite Sparrunde. Unter welchen Bedingungen diese erfolgt ist unklar. Wird es weiterhin Priorisierung geben? Gibt es Rasenmäher? Fragen über Fragen.

Nach Angaben des Kämmerers wurden die Sparvorgaben der vorausgehenden Haushaltsstrukturgesetze umgesetzt.

Was keinerlei Berücksichtigung in den Etat-Unterlagen findet, ist die Frage der Personalentwicklung. Einsparungen in der Größenordnung von 22, 30, 42 Mio. € pro Jahr können nicht allein durch Einsparungen im Sachmittelbereich aufgefangen werden.

Dem Bericht „human resources report“ 2016 zufolge betrug die Personalkosten an den Gesamtausgaben etwa 25 %. Bei den angestrebten Einsparsummen wären dies anteilig 5,5 Mio. €, 7,5 Mio. €, 10 Mio. € Personalkosten pro Jahr. In der Höchstsumme bedeutet dies etwa eine Reduktion von über 150 Stellen pro Jahr. Dem Vernehmen nach hat der GPR in Sitzungen des Wirtschaftsausschusses dieser Planung zugestimmt.

Ein wichtiger Teil des SHM² Programms ist noch gar nicht in Angriff genommen. Der absolut größte Spareffekt soll bei den 91 Schlüsselprozessen erzielt werden, das sind die Verwaltungsvorgänge, mit dem höchsten Aufwand. Dabei generieren die sogenannten A-Produkte 80 % des Ressourcenaufwands.

Nachdem die Schlüsselprozesse angeblich auch den Dezernaten bisher nicht vorliegen (daneben gibt es noch 238 Kernprozesse) bestehen ernsthafte Zweifel daran, ob die Prozesse in der zur Verfügung stehenden Zeit umgesetzt werden können. Ob der angestrebte finanzielle Effekt erreicht wird, ist noch viel fraglicher, nachdem in den bisher abgeschlossenen Prozessen nur die Hälfte der angestrebten Summen erreicht wurde.

Die Situation wird sich zuspitzen, da in den kommenden Jahren die Investitionen teilweise aus dem Zahlungsmittelbestand geleistet werden, der dadurch bis 2021 auf 23 Mio. € reduziert werden wird, was praktisch der Mindestliquidität entspricht.

Fazit:

SHM² ist ein ambitioniertes Programm. Eine Priorisierung nach politischer und wirtschaftlicher Bedeutung erscheint durchaus sinnvoll.

Eine Transparenz der Vorgänge gegenüber dem Gemeinderat, wie sie zugesagt wurde, ist bislang nicht vorhanden. Der Zeitplan ist nach dem jetzigen Stand wahrscheinlich nicht einzuhalten. Die Mitarbeiter der Verwaltung sind an vielen Stellen mit der Durchführung überfordert. Nach den bisherigen Ergebnissen werden die Einsparziele nicht erreicht, sie sind daher großen Teils unrealistisch. Es ist zu befürchten, dass dieses Programm an vielen Stellen nachgearbeitet werden muss.

Kulturhauptstadt

Es war höchste Zeit, dass die Bewerbung zur Kulturhauptstadt gestoppt wurde. Die Idee der Bewerbung war sicherlich im Ansatz nicht falsch, es fanden sich auch viele namhafte Unterstützer, ich nenne nur Nico Hofmann. Leider war die Durchführung völlig mangelhaft. Durch die Verschiebung des Termins sind die anfänglichen Initiativen leider sehr rasch versandet. Am Schluss war trotz des

Einsatzes von etwa 6 Mio. € kein verwertbares Programm und keine Struktur mehr zu erkennen.

Die Freien Wähler-ML haben seit 2014, ohne irgendeine Unterstützung durch andere Fraktionen im Gemeinderat, auf diese offensichtliche Geldverschwendung hingewiesen, sind dabei aber bei der Verwaltungsspitze nicht durchgedrungen. Die Beendigung des Projekts war überfällig, zumal mit der BUGA, dem Klinikum und dem Nationaltheater neue große finanzielle Belastungen vor der Türe stehen.

Nationaltheater

Das Nationaltheater ist einerseits eine der kulturell herausragenden Institutionen in Mannheim, daneben aber ein wichtiger Arbeitgeber. Mehr als 600 Mitarbeiter sind dort beschäftigt. Aufgrund der speziellen Eigenheit der Institution handelt es sich überwiegend um hoch spezialisierte Arbeitnehmer. Eine wesentliche Beschneidung der Arbeitsmöglichkeiten würde in einem nicht ersetzbaren Verlust von qualifizierter Arbeit münden.

Die Sanierung des Gebäudes ist unumgänglich, es handelt sich dabei größtenteils nicht um Schönheitsreparaturen, sondern um die Erfüllung der Brandschutzauflagen. Ein Abriss und Neubau ist wegen der hohen Denkmalschutzauflagen nicht denkbar. Die endgültigen Kostenschätzungen liegen noch nicht vor, mit der Sanierung wird nicht vor 2020 begonnen werden können. Die im Haushaltsentwurf vorgesehene Summe von jährlich 2 Mio. € ab dem Jahr 2020 sind sicherlich nicht ausreichend. Im Laufe der Jahre 2018/2019 muss ein Finanzierungsmodell gefunden werden. Die Stadt ist in der Pflicht. Seit Jahren wird über verschiedene Gruppen beim Land eine Beteiligung angemahnt. Die besondere Stellung des Nationaltheaters rechtfertigt einen stärkeren Beitrag des Landes. Inwieweit Bundesmittel angefordert werden können, muss geklärt werden. Die Suche nach Sponsoren muss aktiv betrieben werden.

Kunsthalle

Die Situation der Kunsthalle ist gekennzeichnet durch den Neubau. Durch die großzügige Spende der Familie Hector kommen auf die Stadt für den Neubau selbst nur geringe Belastungen zu. Dies gilt nicht für die Betriebskosten. Die im Sommer 2015 prognostizierten Steigerungen für die erhöhten Betriebskosten ab 2018 werden nicht ausreichend sein.

„Eine belastbare Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung ist nur begrenzt möglich“, so Frau Dr. Lorenz.

REM

Bei den REM entsteht eine neue Situation. Die Finanzierung ist eng mit den Stiftungsmitteln verbunden. Bekanntermaßen sind die Erträge aller Stiftungsmittel in den letzten Jahren deutlich weniger geworden, damit kann auch weniger Geld an den Eigenbetrieb abgeführt werden. Dies wird letzten Endes dazu führen, dass die Betriebsleitung einen Ausgleich über eine Erhöhung des Betriebsmittelzuschusses beantragen wird. Diese Erhöhung ist im Haushaltsentwurf nicht eingeplant.

Neubau Stadtbibliothek

Not macht erfinderisch, und so hat der Oberbürgermeister im Gemeinderat verkündet, dass die städtischen Parkhausbetriebe auf ihr wichtigstes Parkhaus verzichten, es abreißen und an dessen Stelle eine neue Stadtbibliothek mit Ratssaal errichten sollten.

Bemerkenswert ist, dass der OB auf eine Entscheidung für den Neubau trotz leerer Stadtkassen drängt. Die Kosten für den Neubau der Stadtbibliothek werden auf eine Summe zwischen 35 – 45 Mio. € geschätzt. In Anbetracht des klammen Stadtsäckels und der für die Jahre 2018 bis 2021 veranschlagten Aufwendungen für die BUGA 2023 in Höhe von 67 Mio. € ist es nicht überraschend, dass diese

Investition nicht über den städtischen Haushalt finanziert werden kann und die städtische Parkhausgesellschaft als „Helfer in der Not“ einspringen muss.

Das Parkhaus in N2 ist durch seine zentrale Lage für die Besucher/innen der Mannheimer Innenstadt ein perfekter Ausgangspunkt. Dank der großen Nachfrage trägt das Parkhaus ganz erheblich zu den guten Jahresergebnissen der städtischen Parkhausbetriebe bei.

Aus heutiger Sicht und den bekannten Überlegungen der Verwaltung entstehen mehr Fragen als Antworten vorliegen. Die Absicht, das bedarfsgerechte Parkhaus abzureißen und durch eine bislang wirtschaftlich gefestigte städtische Gesellschaft den Neubau der Stadtbibliothek durchführen zu lassen, ist auf der Grundlage der bislang vorgelegten Informationen für uns nicht tragbar.

Freie Szene

Die Freie Szene ist ein integraler und wichtiger Teil der Mannheimer Kultur. Die Freie Szene hat in den letzten Jahren eine kontinuierlich ansteigende Förderung erfahren. In der institutionellen Förderung werden 1,2 Mio. € pro Jahr ausgegeben unter anderem für zeitraum exit, Theater Felina, Einraumhaus, Theater Oliv. Das Ein Tanz Haus ist mit einer großzügigen Förderung auf den Weg gebracht worden. Die Gesamtförderung der Freien Szene beträgt 2,2 Mio. € pro Jahr. Eine regelmäßige Überprüfung der geförderten Projekte muss die Verwaltung gewährleisten.

Universitätsmedizin

Die UMM ist in zweifacher Hinsicht ein großes Sorgenkind. Trotz des Restrukturierungsprogramms kommt es nach wie vor zu Verlusten in der Größenordnung von 15 - 20 Mio. € pro Jahr. Ein positives Jahresergebnis ist nicht in Sicht. Es besteht ein immenser Finanzierungsbedarf für Investitionen in der Größenordnung von 200 Mio. €. Die Stadt hat die UMM mit einer Bürgschaft unterstützt, die teilweise für eine Sanierung vorgesehen war, aber hierfür nicht

vollständig eingesetzt wurde. Bei Liquiditätsproblemen wird auf das Cash Pool der Stadt zurückgegriffen. Ab dem Haushaltsjahr 2018 werden daher wieder Zuschüsse in der Größenordnung von 10 Mio. € pro Jahr vorgesehen.

Weitere Risikofelder sind die noch nicht abgeschlossenen Prozesse im Zusammenhang mit dem Südhessischen Klinikverbund gemeinnützige GmbH. Ein Verkauf des Klinikums kommt für uns nicht in Frage. Nach dem augenblicklichen Stand ist nicht zu erwarten, dass es dem Klinikum gelingt, im vorgegebenen Zeitraum aus eigener Kraft ein positives Ergebnis zu erzielen und die Schulden zu bedienen. Da die Stadt Gewährsträger des Klinikums ist, sind größere Belastungen zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs unvermeidlich. Dieser Tatsache müssen wir ins Auge sehen.

Stadtteile

Mannheim, die Stadt der Stadtteile, so heißt es in vielen Sonntagsreden. Aber Worten müssen bekanntermaßen auch Taten folgen. Der Oberbürgermeister hat seine Etatrede unter das Motto „Heimat bewahren“ gestellt. Heimat ist für die meisten Menschen in dieser Stadt der Vorort und der Stadtteil, in dem sie leben. Für uns heißt das, die Stadtteile und Vororte weiter zu stärken. Es kann und darf nicht sein, dass die Verwaltung das Angebot und die Öffnungszeiten der Bürgerdienste weiter reduziert und damit die Nachfrage der Kunden sinkt. Um damit schlussendlich die Schließung von Bürgerdiensten mangels Nachfrage zu begründen. Dass Bürgerdienste Volkstrauertage und Neujahrsempfänge nicht mehr personell und logistisch unterstützen dürfen, ist ein erster Schritt in die vollkommen falsche Richtung.

Dass der innerstädtische Einzelhandel bei Werbemaßnahmen unterstützt wird, ist richtig, in dieser Höhe aber nicht notwendig. Wir beantragen eine Kürzung dieser Summe zu Gunsten der Gewerbevereine und Interessengemeinschaften vor Ort in den Stadtteilen zur Unterstützung von Kerwen, Straßenfesten und Gewerbeschauen. Ein intakter Einzelhandel und ein blühendes Vereinsleben vor

Ort sorgen dafür, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Heimat wohl fühlen.

Sicherheit und Sauberkeit

Sicherheit und Sauberkeit sind die zentralen Bausteine, dass sich Menschen in ihrer Stadt wohl fühlen und sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Die Freien Wähler-ML haben bereits Ende der 90er Jahre die Einführung der Videoüberwachung in Mannheim gefordert. Dass im nächsten Jahr Teile der Planken, der Breiten Straße und auch der alte Messplatz mit Kameras überwacht werden, begrüßen wir ausdrücklich und hoffen, dass wir hiermit dazu beitragen, den öffentlichen Raum für die Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen. Der steigenden Kriminalität kann somit wirksam entgegen getreten werden.

Sicherheit beginnt mit Sauberkeit und da krankt es in unserer Stadt gewaltig. Es darf uns aber nicht wundern, wenn aufgrund fehlender Einsatzkräfte beim KOD im Jahr 2016 nur 16 Bußgelder wegen weggeworfener Zigaretten verhängt werden konnten. Es hapert gewaltig an den notwendigen Kontrollen. Anordnungen, z.B. die Grünflächen an der Wasserturmanlage nicht zu betreten sind überflüssig, wenn wir deren Einhaltung nicht überwachen können. Einem Umbau des KOD, nachdem Politessen in den Vororten auch für „allgemeine Ordnungsstörungen“ zuständig sein sollen, erteilen wir eine klare Absage. Der KOD muss in den Vororten weit mehr präsent sein. Wir fordern vielmehr eine Aufstockung des KOD um acht Vollzeitstellen.

Straßensanierung

Straßeninstandhaltung ist eine zentrale Aufgabe und elementar wichtig für die Bürgerinnen und Bürger wie auch für die Unternehmen in Mannheim.

Im Jahr 2015 wurde beispielsweise der grundhafte Sanierungsbedarf von Straßen der Zustandsklassen K 4 - 6 im Bezirk Waldhof mit 47 Mio. € beziffert. Einmal unterstellt, wir würden 100 % der gesamtstädtischen Mittel aus dem Haushalt in

Höhe von jährlich 2 Mio. € ausschließlich für den Waldhof verwenden, würden 23,5 Jahre nur für die Sanierung der Waldhofer Straßen benötigt. Mannheim hat 17 Stadtbezirke und wenn wir unterstellen, dass der Waldhof aufgrund seiner Größe 10 % der Straßenfläche hat, beträgt der Sanierungsstau in Mannheim 470 Mio. € allein für die Straßen der Zustandsklasse 4 - 6. Hochgerechnet bedeutet dies eine Dauer von 235 Jahren, bis alle Mannheimer Straßen dieser Zustandsklasse einmal saniert sind. Wir müssen daher wesentlich mehr Geld in die Instandhaltung unserer Straßen investieren und auf neue Großprojekte verzichten.

Sport

Den Planungen des Kombibades Herzogenried haben wir zugestimmt, da das Bad ein Meilenstein für den Vereins-, wie den Schulsport sowie für die sportbegeisterten Bürgerinnen und Bürger sein wird.

Das Herschelbad in ein „Wellness-Bad“ umzuwidmen, sehen wir aus verschiedenen Gründen als nicht erfolgsversprechend an. Die hierzu erstellte Kannevischer-Studie halten wir aus mehreren Gründen für viel zu optimistisch. Wir sehen mit der Fertigstellung des Kombibades Herzogenried keinen Bäderbetrieb mehr im Herschelbad. Hier ist die Verwaltung gefordert, sich über alternative Nutzungsformen Gedanken zu machen.

Bürgerbeteiligung, Bahnlärm und Windräder

Die Diskussion um die Ausbaupläne der Deutschen Bahn AG und der damit einhergehenden großen Gefahr, entlang den Bahnstrecken im Stadtgebiet Mannheim die Bevölkerung einer unzumutbaren, gesundheitsschädlichen Belastung auszusetzen, hat endlich auch die Stadtverwaltung und den Gemeinderat erreicht.

Eine verwaltungsunabhängige Bürgerinitiative war seit Ende 2014 bemüht, auf dieses Thema aufmerksam zu machen – die Anträge der Freien Wähler-ML haben

nur wenig Resonanz in Gemeinderat und Verwaltung erfahren. Wer auf der Homepage der Stadt Mannheim nach dem Stichwort „Bahnlärm“ sucht, sucht vergeblich.

Ganz anders die Nachbarstadt Lampertheim. Dort werden die Bevölkerung und das Thema ernstgenommen.

Ebenso bei den Sorgen der Bevölkerung um den Erhalt des Landschaftsschutz- und Naherholungsgebietes Käfertaler Wald schweigt sich die Verwaltung aus und ist darum bemüht, hinter verschlossenen Türen die Planung für die Standorte von Windkraftanlagen voranzutreiben.

Bürgerbeteiligung in Mannheim erfordert vier Personalstellen und beschäftigt sich mit Konzepten für die Marktplatzgestaltung in Rheinau, Lindenhof und demnächst mit dem Stempelpark in Käfertal. Es ist zu begrüßen, dass die Menschen bei Planungen im Stadtteil mitwirken können und ihre Ideen gefragt sind. Aber sich allein auf diese Themen zu beschränken heißt, andere, wichtige Themen am Bürger vorbei zu entscheiden.

An folgendem Beispiel wird deutlich, dass Bürgerbeteiligung – in diesem Falle das zeitintensive Engagement der Bezirksbeiräte – wenig Wertschätzung durch die Verwaltung erfährt.

Die Erschwernis der Bezirksbeiratsarbeit durch die neuen Pläne der Verwaltung „Digitale Ratsarbeit“ lehnen wir strikt ab.

Wir sind nicht bereit zu akzeptieren, dass die Bezirksbeiräte sich auf eigene Kosten ihre Sitzungsunterlagen ausdrucken müssen.

Während die Stadträte ohne eine Beschlussfassung mit hochwertiger Technik ausgestattet wurden, bleibt es den Bezirksbeiräten überlassen sich mit kostspieligen Gerätschaften zu versorgen.

Grünzug – BUGA – Stadtparks

Die Entwicklung des ehemaligen Kasernengeländes Spinelli zum Grünzug zwischen den Stadtteilen Käfertal und Feudenheim ist zur Verbesserung der

Wohn- und Lebensqualität der dortigen Bevölkerung richtig. Die irreführende Argumentation, der Grünzug habe positive Auswirkungen auf das Klima in der Innenstadt, wurde zwischenzeitlich durch Fachgutachten widerlegt.

Die Verwaltung bleibt bis heute den Beweis schuldig, dass für den Grünzug und die Erschließung des Neubaugebietes Käfertal Süd die Durchführung einer Bundesgartenschau zwingend notwendig ist.

Mit dem neuen Grünzug wird es keine Verbesserung der Frischluftzufuhr für die Stadtteile Innenstadt und Neckarstadt-Ost und -West geben. Aber der städtische Haushalt wird auf Jahre hinaus enorm belastet durch die zusätzlichen Investitionen und der Durchführung der Bundesgartenschau 2023.

Die Mannheimer Parkanlagen haben eine unverzichtbare soziale und ökologische Funktion für die Stadt und ihre Bevölkerung. Bei den beiden großen Anlagen Herzogenriedpark und Luisenpark besteht ein Instandhaltungsaufwand und Investitionsstau. Obgleich bei der Beschlussfassung zur „Leitentscheidung Grünzug“ sich manch einer als Retter des Luisenparks die Zustimmung zur Leitentscheidung hat „abkaufen lassen“, fehlt in der vorliegenden Haushaltsplanung jeglicher Ansatz, um die zugesagten „zusätzlichen 15 Mio. €“ bereitzustellen.

Es wäre leichthin möglich, allein die notwendigen 23 Mio. € Sanierungsmittel des Luisenparks zu finanzieren, wenn die Mehrheit im Gemeinderat den Mut gehabt hätte, den Verzicht auf das Millionenprojekt BUGA zu beschließen. Heute zu behaupten, zur Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit des Luisenparks sei die Zustimmung zu den BUGA-Plänen notwendig gewesen, ist Augenwischerei.

Grünhof – Radschnellweg – unnatürliches Au-Gewässer

Die im Jahr 2012 genannten Investitionskosten für eine Bundesgartenschau in Höhe von 105 Mio. € sind längst überholt und werden bei Fertigstellung der BUGA wesentlich höher ausfallen.

Daher kommt dem geplanten Radschnellweg durch die Feudenheimer Au vor dem Hintergrund der beantragten Landesförderung eine besondere Bedeutung zu. Rein fachlich betrachtet ist es nicht möglich, einen Radschnellweg in der Au anzulegen. Es besteht das Risiko, dass der geplante Radschnellweg die fachlichen Kriterien nicht erfüllt und die Landesfördermittel ausbleiben. Auch aus ökologischer Sicht lehnen die Freien Wähler-ML die „Fahrradautobahn“ durch das Naturschutzgebiet Feudenheimer Au ab. Für den geplanten Grünhof fehlt bis heute die betriebswirtschaftliche Analyse zur Standortauswahl. Anstelle eines Grünhofs sollte entlang des Grünzugs auf dem ehemaligen Spinelligelände Wohnbebauung platziert werden. Die Randlage zum Grünzug ist, vergleichbar dem Neubaugebiet Käfertal Süd, für Wohnbebauung sehr gut geeignet.

Investitionen für die Zukunft – Investitionen für die Bildung

Das große Rad, das wir vermeintlich drehen, zeigt auch beim Thema Bildung eine gewaltige Delle. Weder für die notwendige Sanierung, die dringend erforderliche moderne Ausstattung der Berufsschulen, der seit Jahren geforderten Weiterentwicklung am Standort Humboldt-Schule, noch für die Turnhalle und Mensa an der Gretje-Ahrichs-Schule, werden seitens der Verwaltung die notwendigen Finanzmittel im Haushalt eingestellt.

Am Beispiel der Gretje-Ahrichs-Schule wird der Mangel an Investitionskraft überdeutlich. Seit vier Jahren werden 300 Schülerinnen und Schüler mit Bussen zu verschiedenen Hallen zum Sportunterricht befördert. Die Höhe der jährlichen Beförderungskosten ist der Verwaltung sicherlich bestens bekannt.

In der Neckarstadt-West wird schon lange eine Entscheidung über den Bau der Ganztagsgrundschule verzögert.

Schlusswort:

„Wir drehen ein großes Rad“ war die Aussage des Kämmerers in seiner Rede. Bei genauer Betrachtung läuft das Rad, das der Kämmerer beschrieben hat, nicht rund.

Wir werden dem Haushaltsentwurf in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

Sorgen machen muss uns nach wie vor die überproportionale Verschuldung der Stadt sowie das geringe wirtschaftliche Wachstum, das deutlich hinter anderen Städten zurückbleibt. Die Investitionen, die über Schattenhaushalte finanziert werden, bürden der Stadt große Risiken mit ihren Folgekosten auf. Sie machen deutlich, dass wir über unsere Verhältnisse wirtschaften. Ein wirksames Konzept gegen die ständig wachsenden Personalkosten hat die Verwaltung bislang nicht vorgelegt. Ein „immer weiter so“ können wir nicht mitverantworten.

Die Planzahlen im Entwurf des Haushalts zeigen, dass die BUGA 2023 die Finanzkraft unserer Stadt übersteigt. Daran ändern auch die vom Land in Aussicht gestellten Fördermittel nichts. Die Fördermittel für Städtebau könnten sinnvoll an anderen Stellen in unserer Stadt eingesetzt werden.

Wir müssen die Ausgaben für Bildung erhöhen, um die Rahmenbedingungen für zeitgemäßen Unterricht zügiger zu verbessern. Investieren in die Zukunft unserer Stadt an der richtigen Stelle ist mehr denn je gefordert.

„Die Stadt weiter erneuern und als Heimat bewahren“ war das Motto der diesjährigen Etatrede des Oberbürgermeisters Dr. Kurz.

Die Stadt Mannheim weiter erneuern? Wir sagen ja, aber die geplanten Haushaltsmittel für den Erhalt und die Sanierung unserer Infrastruktur reichen nicht aus, um dem stetig anwachsenden Sanierungsstau entgegen zu treten.

Die Stadt Mannheim als Heimat bewahren? Wir sagen ja, aber wenn wir die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum wieder herstellen und ein Gefühl der Sicherheit in unserer Stadt schaffen wollen, kommen wir nicht umhin, hierfür mehr Geld bereitzustellen.

Fazit:

Zusammen sind wir Mannheim.

Lassen Sie uns gemeinsam zum Wohle von Mannheim die vielfältigen Interessenslagen miteinander verbinden, um somit das Beste für unsere Stadt erreichen zu können.

Wir sind dazu bereit. Aber im vorliegenden Haushaltsentwurf müssen dazu die Schwerpunkte neu justiert werden.

An dieser Stelle dürfen wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die an der Erstellung des Haushalts beteiligt waren, sehr herzlich danken.

Mein Dank gilt meinen Kollegen Holger Schmid, Christopher Probst, Roland Weiß, Wolfgang Taubert, Altstadtrat Rolf Dieter und Christiane Hossner sowie aus dem Vorstand der Freien Wähler-Mannheimer Liste Christiane Fuchs, Edith Hufnagel, Margit Leser, Dr. Wolfgang Schönbrod, Dr. Thomas Steitz und Christine Theuer für die Unterstützung und Hilfe bei der Vorbereitung zu den Etatberatungen und der Abfassung der Haushaltsrede.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.